Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentlich 2 M., monatlich 8,50 M. vorauszahlbar frei ins Haus, Kreuzbandsendung monatlich 11 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Walther Victor, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 15 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 25 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2 M., zuzüglich 25 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 1,80 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 161. Mittwoch, den 7. April 1920. – Morgen-Ausgabe. 34. Jahrgang.

Die Zerstörung des Friedensvertrags.

Herr Millerand liebt eine offene Sprache. Wenn er in seinem Schreiben vom Ostersonnabend an den deutschen Geschäftsträger in Paris davon sprach, er erblicke in dem Vormarsch der Reichswehr auf das linksrheinische Gebiet einen feindseligen Akt, der den Frieden der Welt störe, so hat er damit der deutschen Regierung zu verstehen gegeben, daß Frankreich zu neuem kriegerischen Vorgehen gegen Deutschland entschlossen sei. Dem Worte ist alsbald die Tat gefolgt. Noch an den Ostertagen haben französische Truppen ihren Einzug in Frankfurt, Darmstadt usw. gehalten; über Wiesbaden, den Rheingau und große Teile Hessens ist von französischer Seite der Belagerungszustand verhängt, die französische Rheinland-Kommission hat ihre sattsam bekannte Verwaltungs- lies: Losreißungstätigkeit wieder aufgenommen, kurz, es herrschen in diesem Gebiet die gleichen Verhältnisse wie vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags. Dieser selbst zerfällt unter den Gewaltstreichen seiner Urheber immer mehr in Trümmer, und es gehört schon ein beinah übermenschlicher Optimismus dazu, sich unter solchen Umständen einzureden, daß es vielleicht der Kunst der Diplomatie — (welcher Diplomatie?) — gelingen könnte, den offenen Bruch, den das kostbare Gefäß von Versailles aufweist, noch einmal zu verkitten. Es muß vielmehr als eine der großen Ironien, in denen die Weltgeschichte sich immer wieder gefällt, betrachtet werden, daß dieselbe französische Regierung, die das Machwerk von Versailles als ein ihrer besonderen Obhut anvertrautes Heiligtum zu schützen und zu schirmen versprach, zuerst damit anfängt, es zu zerschlagen. Denn der Versuch, die deutsche Regierung für den Bruch verantwortlich zu machen, erinnert doch allzu sehr an jene auch den Franzosen wohlbekannte Fabel vom Wolf, der das Lamm beschuldigt, es habe das Wasser des Baches getrübt, aus dem er trinken wollte. Man kann der deutschen Regierung gewiß schwere Vorwürfe wegen der Politik oder vielmehr Nichtpolitik machen, die sie nach ihrer Wiederherstellung von der Putschkrankheit getrieben hat, aber den Vorwurf darf sie mit Recht als eine grobe Ungerechtigkeit zurückweisen, daß sie die Truppenentsendung nach dem Ruhrgebiet angeordnet habe in der Absicht, damit den Friedensvertrag zu verletzen. Die umfangreiche Note, die sie gestern zu ihrer Rechtfertigung nach Paris gerichtet hat, zeigt vielmehr, daß ihr die Ereignisse wieder einmal völlig über den Kopf gewachsen sind.

Es fehlt uns leider der Raum, die Note in ihrem vollen Wortlaut abzudrucken; es genügt schließlich auch, an ihren bedeutsamsten Stellen zu zeigen, wie schuldlos unsere mit der undankbarsten Aufgabe der Welt betraute Regierung sich gegenüber dem Schaden fühlen muß, den sie angerichtet haben soll.

Die Note beginnt mit der Feststellung, daß der französische Ministerpräsident erst in der Nacht vom Montag zum Dienstag seine Absicht kundgetan hat, Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg besetzen zu lassen für den Fall, daß seiner Bitte, die in die neutrale Zone eingedrungenen deutschen Truppen zurückzuziehen, nicht entsprochen würde. Dieser Mitteilung ist der Vormarsch französischer Truppen vorangeeilt; sie haben in derselben Nacht Frankfurt und Darmstadt besetzt und sind im Begriff, die übrigen Städte zu besetzen. Die deutsche Regierung sagt dazu, sie habe bis jetzt alles getan, um dieses unerhörte, weder mit dem Sinn des Friedensvertrages im Einklang stehende, noch in dieser Ausdehnung mit der Geringfügigkeit unserer Ruhraktion in Einklang zu bringende Vorgehen zu verhindern.

Es wird dann chronologisch aufgezählt, wie die deutsche Regierung, seitdem sie zuerst in Paris um die Genehmigung des Reichswehreinmarsches in das Ruhrgebiet nachgesucht, sich bemüht habe, die französische Regierung an ihrer damals schon geäußerten Absicht, als Gegenleistung Hessen zu besetzen, abzubringen. Die ernsten Nachrichten über blutige Kämpfe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die zahlreichen Hilferufe wegen der allgemeinen Unsicherheit hätten sie dann veranlaßt, ohne die Zustimmung der französischen Regierung abzuwarten, den Reichswehreinmarsch vornehmen zu lassen. Gleichzeitig habe man aber nach Paris beruhigende Zusicherungen ergehen lassen, daß an keine dauernde Besetzung des Ruhrgebiets gedacht sei, sondern daß die deutschen Regierungstruppen das 50-Kilometer-Gebiet innerhalb einer bestimmten Frist wieder verlassen würden. Die deutsche Regierung habe geglaubt, die Regierungen Frankreichs und Englands seien von der Notwendigkeit des Vorgehens der Reichswehr durch die Nachrichten, die ihnen über den im Ruhrrevier herrschenden Terror übermittelt worden, hinreichend überzeugt gewesen, und sie habe ferner auch geglaubt, durchaus im Sinne des Friedensvertrages zu handeln, wenn sie die für die deutsche Kohlenproduktion so wichtigen Gebiete vor der Anarchie schütze. Statt sich diesen guten Glauben der deutschen Regierung zu eigen zu machen, hat aber die französische Regierung den Reichswehreinmarsch für völlig unnötig und gefährlich erklärt und ihn mit dem Einmarsch ihrer Truppen in bisher unbesetztes deutsches Gebiet beantwortet. Die deutsche Regierung wird sich — heißt es am Schluß der Note — mit Entschiedenheit gegen das Vorgehen verwahren, das jede Möglichkeit, zwischen Deutschland und Frankreich einen modus vivendi zu schaffen, aussichtslos macht und nur aufs neue die Kräfte in Deutschland stärken muß, die von einer Erfüllung des Friedensvertrages nichts wissen wollen. Es ist vollkommen aussichtslos, die Arbeitsfähigkeit in Deutschland, die die einzige Grundlage einer Vertragserfüllung werden kann, fördern zu wollen, wenn derartige brutale Eingriffe in das deutsche Gefühls- und Wirtschaftsleben vorgenommen werden, als welcher sich der französische Einmarsch darstellt. Wir hoffen, daß der schnelle und glatte Fortgang der Ruhraktion die Leidenszeit der besetzten Städte nach Möglichkeit abkürzen wird; aber es darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß dieses durch keine sachliche Notwendigkeit begründete, ja den eigenen Interessen zuwiderlaufende französische Vorgehen die Republik aufs neue in Gefahr bringt und uns wiederum Monate in der Aufrichtung geordneter Verhältnisse zurückbringt.“

So richtig nun diese Darlegungen unserer Reichsregierung auch sein mögen, mehr als eine moralische Wirkung ist von ihnen nicht zu erwarten, und auch diese wird, fürchten wir, nur gering sein. Einstweilen sieht es nicht so aus, als ob England oder Amerika um der Gerechtigkeit willen den französischen Machthabern in den Arm fallen wollen. Im Gegenteil! Die „Times“ wendet, wie uns ein Drahtbericht meldet, sich in scharfen Worten gegen das Vorgehen im Ruhrgebiet und verlangt die Entlassung und Bestrafung der dafür verantwortlichen deutschen Offiziere. Die deutsche Regierung sei allerdings in einer sehr schwierigen Lage gewesen, aber trotzdem könnten die Alliierten einen Vertragsbruch nicht gestatten. Wenn die deutsche Regierung nicht die Schuldigen bestrafe, müsse sie die volle Verantwortung für eventuelle Repressalien tragen.

Die „Vossische Zeitung“ meldet, daß Frankreich die Zustimmung der Entente zu seinem Vorgehen erhalte, jedoch beteiligen sich die anderen Ententemächte nicht daran und überlassen Frankreich die Verantwortung.

Die Lage ist also für die deutsche Regierung wieder einmal äußerst kritisch. Sie wird zu wählen haben zwischen einem energischen Abrücken von den Reichswehroffizieren, die — das kann nun doch nicht länger verborgen bleiben — bei der Besetzung des Ruhrgebiets weiter vorgegangen sind als es der Regierung selbst erwünscht sein konnte, oder einer Duldung des französischen Gewaltstreichs, der offensichtlich auf die Loslösung des Rheinlandes vom Reiche abzielt. Eine schwache Hoffnung besteht noch, es könnte binnen wenigen Tagen doch gelingen, im Ruhrgebiet soweit Ruhe zu schaffen, daß die Reichswehr schleunigst zurückgenommen werden kann, worauf Frankreich wohl oder übel auch das Maingebiet wieder räumen müßte. Wenn aber diese Hoffnung sich nicht erfüllt, dann steht allerdings zu befürchten, daß von dem sogenannten Friedenszustand, den wir seit Anfang dieses Jahres gesichert wähnten, Stück um Stück abbröckelt und Europa — Deutschland voran — noch einmal in eine Zerrüttung gestürzt wird, aus der dann so bald keine Erhebung mehr möglich sein wird.

Die Lage in Westdeutschland.

Plünderungen in Essen. — Die Verluste der Reichswehr.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Am Sonnabend nachmittag und in verstärktem Maße am Sonnabend abend kam es in Essen nach Meldungen der Berliner Presse zu umfangreichen Plünderungen, namentlich wurden Kleidungs- und Schuhwarengeschäfte ausgeraubt. Aber auch die Privathäuser wurden nicht verschont. Hier drangen kleinere Banden plündernd ein, um Wertsachen, Lebensmittel usw. schonungslos zu erpressen. Am Sonntag bildete sich eine hauptsächlich aus Kruppschen Arbeitern bestehende Sicherheitswehr, um wenigstens den größten Ausschreitungen und Plünderungen zu steuern.

Am Sonntag mittag sperrte eine bewaffnete Bande die Hauptverkehrsstraßen der Stadt, um die dort befindlichen Geschäfte ungestört ausplündern zu können. Die Plünderungen und Einbrüche werden dadurch begünstigt, weil die Stadt infolge Gasmangels abends vollständig im Dunkeln liegt. Außer dem Zentralrat, der Sonnabend nach Barmen übersiedelte, haben während der Ostertage alle anderen führenden Kommunisten die Flucht ergriffen. Der gesamte Vollzugsrat, die Geschäftsleitung und die Besatzung des Telegraphen- und Fernsprechamts ist seit der letzten Nacht verschwunden und haben die besten Automobile, die sie requiriert hatten, natürlich mitgenommen. Die rote Armbinde und sonstige Abzeichen der Rotgardisten sind verschwunden. Da Essen in den letzten Tagen vollständig gesperrt war, liegen nur ganz wenige Nachrichten aus der Umgebung vor.

In Altenessen entspannen sich am zweiten Ostertage heftige Kämpfe, die zur Folge hatten, daß ein Teil der Bevölkerung flüchten mußte. Inzwischen sind die Spitzen der Regierungstruppen und einzelne Vortrupps in die Vororte von Essen eingedrungen. Sabotageakte, die befürchtet wurden, haben sich bisher nicht ereignet, doch sollen Nachrichten darüber vorliegen, daß Versuche gemacht werden, die Sprengstofflager einzelner Zechen zu plündern. Mit besonders hartnäckigem Widerstand wird in der Gegend von Elberfeld-Barmen gerechnet. Die bisherigen Gesamtverluste der Reichswehrtruppen beziffern sich auf 177 Tote, rund 350 Verwundete und 120 Vermißte. Da die Vermißten nach den bisherigen Erfahrungen zu den Toten zu zählen sind, müssen die Verluste der Reichswehr als sehr schwer bezeichnet werden.

*

Ein Wolfftelegramm vom Dienstag abend meldet aus Essen: In Mülheim und Gelsenkirchen zogen gestern die Regierungstruppen kampflos ein. Seit Mittag erfolgt der Einmarsch der Truppen in Essen. Zurzeit ist hier alles ruhig. Bei der Firma Krupp und in den Bergwerken wird gearbeitet.

Politische Nachrichten.

Die Forderung des Tages.

Unser Berliner Berichterstatter meldet:

Die am Generalstreik beteiligt gewesenen Organisationen, und zwar der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Deutsche Beamtenbund, die Berliner Gewerkschaftskommission, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und das Zentralkomitee der Unabhängigen sozialistischen Partei, haben sich heute (Dienstag) mit der Lage beschäftigt und geprüft, inwieweit die Vereinbarungen, durch die der Generalstreik beendet wurde, in Durchführung begriffen sind. Sie richten an die Reichsregierung folgende Forderungen zur schleunigen Durchführung: Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone und Aufstellung der Ortswehren im gesamten Ruhrgebiet, gemäß dem Bielefelder Uebereinkommen, kein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr, Schutz der verfassungstreuen Unteroffiziere und Soldaten, die abgesetzten unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern zu bestrafen. Der Reichswehrminister muß persönliche und sachliche Garantien gegen eine weitere Verwendung unzuverlässiger Führer geben. Die Munitionslieferung für gegenrevolutionäre Formationen, wie die Brigade Ehrhardt usw., müssen sofort eingestellt werden. Auf die preußische Staatsregierung ist einzuwirken, damit schnellstens die Sicherheitswehr durch Einstellung organisierter Arbeiter umgestaltet werde.

Aufstellung der Wählerlisten.

Der Reichsminister des Innern bat die Landesregierungen um Anweisung an die Gemeindebehörden, alle Vorkehrungen für die sofortige Aufstellung von Wählerlisten zu treffen. Die Wählerlisten sollen bis Ende Mai fertiggestellt sein.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Nach einer Londoner Reuter-Meldung beträgt die Zahl der zerstörten Polizeistationen in Irland nach den letzten Meldungen 153.— Am 5. April abends drang eine stärkere Abteilung Soldaten, gefolgt von einer aufgeregten Menge, in ein Dubliner Restaurant ein, auf dem die irische Flagge gehißt worden war, und nahm 5 Verhaftungen vor. Es gab eine Schießerei, aber keine Verluste. Wie „Star“ berichtet, wurde die protestantische Schule in Miltown in Irland in Brand gesteckt. Ferner sind in der protestantischen Kirche in Glin allerlei Zerstörungen angerichtet worden.

Kleine politische Mitteilungen.

Nach einer römischen Meldung der „Vossischen“ ist die Gründung einer „Weißen Internationale“ geplant, welche die Annäherung der Völker durch Schaffung einer internationalen Gesetzgebung für Arbeitswesen und Arbeitsaustausch anstreben will.

Zum Stationschef der Ostsee wurde der aus dem Mannschaftsstande hervorgegangene Leutnant z. S. Franz v. Seidlitz ernannt.

Nach einer Meldung der „Associated Preß“ sind die japanischen Truppen nach achtstündigem schweren Kampfe in Wladiwostock eingerückt.

Vom springenden Punkt.

Bitte: Man kann nicht genug von der Sache reden, man kann nur hoffen, daß, wenn es hunderte und aberhunderte Male gesagt wird, endlich auch die es glauben, die helfen können. Wir haben ja mehr oder weniger auch nicht gewußt, wie schlimm es nachgerade geworden war mit den nachrevolutionären Ueberresten des Militarismus. Wo man ein Geschwür auftauchen sah, wurde hineingestochen. Schonungslos. Man denke daran, wie energisch und deutlich man hier geworden ist, als die bodenlosen Schweinereien aus Stades Baltikumerlebnissen bekannt wurden. Dann kam Genosse Noske und verscheuchte auch die letzten Schatten einer Besorgnis in seiner temperamentvoll-optimistischen Weise. „Da hat man von den Baltikumern erzählt. Ach, Du lieber Herrgott, wo sind sie denn? Auf den Dörfern, bei den Gutsbesitzern sollen sie sein, mit Hunderttausenden sollten sie auf Berlin marschieren wollen und wo sind sie?“ So Noske vor wenigen Wochen in Hamburg. Ein Widerspruch wurde nicht laut; wer auch hätte aus besserem Wissen heraus, ohne Agitationsgeschwätz nachzuplappern, widersprechen wollen und können. Es wurde als in Entwicklung begriffen auch der Wehrmacht Demokratisierung angesehen. Da kam der 13. März, und auf der Döberitzer Heerstraße Herr Lüttwitz mit zirka 20 000 Mann Soldaten. Heute ist wieder alles im Lot. Trotzdem: Genosse Noske meint, es wäre zu verhindern gewesen. Im „Vorwärts“ hat er eine Artikelserie veröffentlicht. Er meint da: „Als in später Abendstunde Generalleutnant v. Owen, der Befehlshaber der Berliner Truppen, General v. Oldershausen, v. Seeckt, Admiral v. Trotha und andere in meinem Zimmer sich versammelten, habe ich sie vergeblich beschworen, mit mir zur Truppe zu gehen und die Rebellen vor der Stadt mit Feuer zu empfangen. Nur General Reinhardt und mein Stabschef v. Gilsa entschieden sich für einen Kampf. Die eigentlichen Befehlshaber lehnten ab, mit mir zu gehen. Noch jetzt bin ich der Ueberzeugung, daß mit ein paar Dutzend Maschinengewehren der ganze Spuk zum Zerflattern zu bringen war.“ Wie Noskes ehrlicher und guter Wille, so ist festzustellen, daß nicht nur die Generale streikten, sondern nicht einmal die „paar Dutzend Maschinengewehre“ aufzutreiben waren, mit denen nach Noskes sicher zutreffender Ansicht „der ganze Spuk zum Zerflattern zu bringen war“.

Das aber ist der springende Punkt: daß wir eine Reichswehr brauchen, die nicht nur nach links, sondern auch nach rechts vollauf im Schutze der Republik aktionsbereit ist.

Es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Sozialdemokratie, der Hauptträgerin des demokratischen Staates, gerade in dieser Zeit des Ueberganges unermüdlich für dieses Ziel zu wirken. Selbst auf die Gefahr hin, mißliebig hier und dort damit anzustoßen, darf davon nicht abgelassen werden.

Man höre: Der „Vorwärts“ verzeichnet wieder eine ganze Reihe von Fällen, wo Kapp-Offiziere weiter in Amt und Würden geblieben sind; so ein Oberst und ein Major von der Berliner Sicherheitswehr. Diese Offiziere haben republiktreue Soldaten bedroht, bestraft, entlassen und verhaftet. Die zweite Abteilung des Landesjägerkorps in Altenburg sei in den kritischen Tagen vollkommen isoliert worden. Weder die Befehle, noch die Erhöhung der Löhnung sei der Abteilung gemeldet worden. Die Militärs in Halle, Naumburg und auch im Reichswehrministerium scheinen es darauf abgesehen zu haben, den Soldaten die Treue zur Republik zu verleiden. Aehnliche Fälle berichtet der „Vorwärts“ vom Reichswehrregiment 5, 2. Batl., in Potsdam und vom Reichswehr-Pionierbataillon 15 in Berlin, wo die Soldaten ihre Kapp-Offiziere festgesetzt hatten, dann aber von der Marinebrigade in schmählicher Form entwaffnet wurden und wo 7 von den Verhafteten standrechtlich zusammen zu 61 Jahren Gefängnis verurteilt (!) wurden. Eine Anzahl von ihnen wurde noch entlassen. Das Bataillon steht unter der Führung der alten Führer in Zossen bei Berlin und die Offiziere haben erklärt, daß die Verhafteten zwar aus der Haft entlassen seien, aber nicht wieder in das Bataillon aufgenommen würden. Sollte dieses von höherer Stelle befohlen werden, so würden die Offiziere dem Bataillon den Rücken kehren.

Vom Bahrenfelder Reichswehrbataillon liegen uns ebenfalls wieder eine Reihe Zuschriften vor, die wir Raummangels halber nicht wiedergeben können. Alle bewegen sich in der Richtung, wie der Artikel, den wir vor einigen Tagen über die Zustände da draußen brachten. Der hat unterdes seine Wirkung getan und das gröbste verhindert. (Das Organ der Verteidigung der militärische Reaktion in Hamburg, das „Fremdenblatt“, nimmt einen Artikel auf von einem angeblichen „Regimentsvertrauensmann“ des Regiments 18, der sich gegen uns wendet. Von dem Inhalt, der auch nicht mit einem Sterbenswörtchen den Versuch auch nur macht, unsere Angaben sachlich zu widerlegen, ist nur bemerkenswert, daß der Herr Vertrauensmann (ob der Offiziere oder Mannschaften ist nicht dabeigeschrieben) den Lesern des „Fremdenblatt“ zusichert, die Truppe nebst Offizieren stände „auf dem Boden der Regierung“ und werde gegen etwaige „Unruhestifter“ (lies „Bolschewisten“) kräftig einschreiten. Woran niemand gezweifelt hat, was aber die „Fremdenblatt“leser sicher beruhigt.) So wie hier geht es allerorts, nachdem es den wieder in Gnaden aufgenommenen Offizieren durch Regierungserlaß attestiert ist, daß keine Absetzungen oder „soldatenratsähnliche“ Dinge geduldet werden können. Noske selbst, der doch kaum in den Verdacht geraten kann, Anschauungen zu hegen, die geeignet wären, die „Disziplin“ zu gefährden, ist da anderer Meinung: „Es ist nicht wahr, daß mein Werk, die ganze Reichswehr, sich als unzuverlässig erwiesen hat. Das Berliner Pionierregiment jagte die Offiziere davon, als ihm zugemutet wurde, sich für Kapp und Lüttwitz zu erklären. Von einem anderen Berliner Regiment erklärten sich 12 oder 20 Mann für Kapp. Alle Offiziere des Reichswehrministeriums in höheren Stellen haben sich tadellos benommen. Nur Admiral von Trotha fiel um, weil er in törichter Verkennung der Stimmung der Mannschaft glaubte, dadurch am besten die Marine zusammenhalten zu können. Das Gegenteil ist eingetreten. Seine Anweisungen haben die Offiziere in Wilhelmshaven und Kiel in das Unheil hineingezogen; sie sind sämtlich von den Mannschaften und Deckoffizieren abgetan worden.“ Noske stellt, wenn er sich so (im „Vorwärts“) ausläßt, also offensichtlich diejenigen als zuverlässig, als Stützen der Republik, hin, die so verfuhren. Wir sind ganz seiner Meinung. Selbst ein maßvolles bürgerliches Blatt, wie das „Berliner Tageblatt“ meint zu den Vorgängen: „Es wäre dringend erwünscht, wenn der Reichspräsident zusammen mit dem Reichswehrminister darauf hinwiese, daß selbstverständlich jegliche Schikanierung wegen verfassungstreuer Gesinnung ausgeschlossen ist, wenn unverzüglich alle Maßregeln gegen eine solche Verhöhnung des Rechts- und Staatsgedankens getroffen und zur Kenntnis aller Mannschaften gebracht würden, wenn endlich verhindert würde, daß (wofür schon wieder Anzeichen vorliegen) republikanisch gesinnte Formationen aus angeblich technischen Gründen aufgelöst werden. Eine solche Ergänzung des Erlasses des Reichspräsidenten würde die Unruhe beseitigen, die jetzt in weiten Kreisen der Reichswehr besteht.“ Das ist schön. Handeln aber ist besser. Was wird getan, um dem Rechnung zu tragen? Was wird getan, um die Putschoffiziere auszumerzen und zu bestrafen? Das fragen wir darum den Reichswehrminister. Denn was jetzt geschieht, trägt das alte, liebgewordene Gesicht des militärischen „Dienstweges“, „Vernehmungen“ zu Protokoll (vor Offizieren) und der Vertuschungskunst einer militärischen Gerichtsbarkeit, die jede erneute Kritik entbehren kann. Von Hinzuziehung der Leute zu den Untersuchungen, unter deren Führung der Umsturz gebannt und die Regierung wieder zur Macht gelangte, verlautet nichts. In Hamburg heißt es: „Das Ermittlungsverfahren ist eingeleitet.“ Warum wird nicht mitgeteilt, daß der bürgerschaftliche Ber-Ausschuß oder eine ähnliche zuverlässige Instanz hinzugezogen ist? Oder „ermitteln“ die Offiziere allein? — Unterdes sitzt ein Mann wie der Major von Sydow, der Umsturzgeneralstäbler aus Altona, fest und regierungstreu in Schwerin im Generalstab und hält die Stellung. Beschwerden und Hinweise des Regierungskommissars, Genossen Hense, beim Reichswehrministerium, bleiben fruchtlos. Hieraus erhellt, wie wenig Einfluß das Reichswehrministerium auf die Besetzung der Posten in den Truppenformationen hat oder wie schlecht es unterrichtet ist über das, was in den Formationen tatsächlich vorgeht. Ueber Herrn v. Watter geht die „Untersuchung“ weiter, das „Material“ ist noch nicht da. Unterdes hat er uns mit seinen und seiner Helfer Maßnahmen glücklich neuen Konflikt mit der Entente besorgt. Er will den Krieg, scheint's, weiter führen. In der „Wacht im Westen“, Truppenzeitung für Nordwestdeutschland, wirbt er im Fettdruck Gefolgschaft: „Deutsche, wacht auf! Auf Westfalens Boden kämpfen vaterlandsliebende Reichswehrtruppen aus allen Teilen Deutschlands gegen den spartakistischen Umsturz. Waffenfähige aller Stände, eilt herbei und stellt Euch in die Reihen. Frhr. v. Watter, Generalleutnant.“

Wir fragen: wer in aller Welt bezahlt diese nationalistische Schundliteratur, die an die übelsten Armeezeitungen im Kriege erinnert? Wir protestieren dagegen, wenn auch nur ein Pfennig der deutschen Steuerzahler für solche Geisteskost für die „republikanische“ Reichswehr benutzt wird. (Man lese die Ausführungen des republikanischen Offiziers hierzu in der Osternummer.) — Die Studenten werden unterdessen aus der Staatskasse für ihre dem Kapp geleisteten gegenrevolutionären Dienste bezahlt. Man lese solche „Bekanntmachung“: „Angehörige des Zeitfreiwilligen-Bataillons Rostock, die in der Zeit vom 13. bis 19. März eingezogen waren, (!) wollen wegen Auszahlung von Gebührnissen ihre vollständige Anschrift mit Angabe der Anzahl der Tage und der Kompagnie, in der sie beim Bataillon waren, an Hauptmann Plüschow, Rostock, Paulstraße 48, 1. Et., umgehend mitteilen. Desgleichen mögen diejenigen Zeitfreiwilligen, denen Bekleidungsstücke usw. abhanden gekommen sind und deshalb eine Entschädigung beanspruchen wollen, eine genaue Liste unter Angabe des Wertes aufstellen und diese ebenfalls einsenden. Das Zeitfreiwilligen-Bataillon Rostock.“ Da es in Rostock und Umgegend vom 13. bis 19. März, wo die Herren „eingezogen“ waren, keine „Spartakisten“ gegeben hat, sondern lediglich die Rechtsbolschewisten das Land unsicher machten, so muß die Gesellschaft natürlich aus Reichsmitteln bezahlt werden. Oder wird Herrn Kapp die Rechnung präsentiert? — In Bahrenfeld ist man wieder auf der Höhe. Irgendein frecher Lümmel von Student oder Zeitfreiwilligen schreibt uns: „Es ist unglaublich diese Schweinerei von seiten der Redaktion. Es kommt jedoch die Zeit, wo wir Rache nehmen. Sie haben ganz recht, es ist uns jetzt nicht gelungen; aber es wird uns gelingen. (!) Ja, Sie können versichert sein, die Zeit ist nicht mehr so fern, wo wir wieder unter der alten Fahne schwarz-weiß-rot in den Straßen Hamburgs und Altonas erscheinen. Sie und die gesamte widerspenstige Arbeiterschaft sollen noch Freude an uns haben. Wir werden schon mit dem Gewehrkolben diese widerspenstigen Gehirne, insbesondere auch die Ihrer Redaktion zertrümmern.“ Immerhin eine echt baltikümliche Tonart, der der anonyme Schmierfink sich befleißigt.

Genosse Noske hat in seiner Apologie behauptet, er habe vor dem Putsch nur „allgemeine Deklamationen“ gehört von der reaktionären Gefahr in der Truppe, nicht aber seien ihm feste handgreifliche Tatsachen mitgeteilt worden, auf Grund deren er hätte einschreiten können. Das ist zu einem Teil zu mindest berechtigt. Aber es legt uns die Verpflichtung auf, wo wir mehr als „allgemeine Deklamationen“ vorzubringen haben, dies zu tun, nicht aus Kritisierbedürfnis, sondern aus dem Drange heraus, mitzuhelfen am Werke, das zu tun ist. Und es ist noch voll und ganz zu tun. Die Bemühungen aus Kiel und Hamburg haben dazu geführt, daß man in Berlin ein Einsehen gehabt hat und die reaktionäre Soldateska nicht nach Lockstedt, sondern nach Münster abgeschoben wird, wohin auch die in Lockstedt bereits hausenden Baltikumer abtransportiert werden sollen. Eines soll uns nur wundern: wer wird das „Entwaffnen“ besorgen und wann wird Deutschland von der Landplage befreit sein? Denn darüber ist sich doch nachgerade jeder denkende Mensch klar geworden und die Märztage haben es bewiesen: eine Reichswehrtruppe, die gegen eine andere vorgehen würde, einen Truppenteil, der gegen das von der Gegenrevolution besetzte Berlin gezogen wäre, hat es nicht gegeben, gibt es nicht. Hier sind alle Argumentationen Noskes hinfällig: das ist eben der springende Punkt, und auf den werden wir solange mit Fingern zeigen, bis nach gründlicher Reorganisation die Reichswehr zu einem stahlharten Werkzeug zur Wahrung der deutschen Volksrechte geworden ist.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Die gesundheitlichen Verhältnisse in Hamburg in der Woche vom 22. bis 27. März.

Die Berichte der letzten Woche lassen eine ständige Besserung des Gesundheitszustandes in Hamburg erkennen. Diese Besserung dürfte in erster Linie auf das Konto des schönen Frühlingswetters entfallen. Nach dem Wochenbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse erkrankten in der Berichtswoche insgesamt 9074 (10 321 in der Vorwoche) Personen und zwar 6736 (7072) Mitglieder und 2338 (2249) Angehörige von Mitgliedern. Erkrankungsfälle, die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren, gelangten 2523 (2876) zur Anzeige. Hiervon wurde Grippe noch als Krankheitsursache in 613 (1004) Fällen registriert; es entfallen demnach noch auf 100 mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle 24,3 (gegen 35,0 in der Vorwoche) auf Grippe. Der außerordentlich hohe Bestand an arbeitsfähigen Kranken ist auf 12 189 (13 050), mithin um 861 gefallen und beträgt zurzeit immerhin von je 100 Kassenmitgliedern noch 4,6.

Nach dem Wochenbericht des Medizinalamtes sind in der Berichtswoche 309 (368) Todesfälle eingetreten. Als Todesursache wird Grippe in 40 (62) und Tuberkulose in 27 (40) Fällen angegeben.

Seit dem Eintreten der Grippeepidemie überragte die Zahl der Lebendgeburten erstmalig die Zahl der Todesfälle in der Woche vom 14. bis 20. März. In dieser Woche wurden gemeldet 444 Lebendgeburten und 368 Todesfälle. Der Ueberschuß der Geburten über die Gestorbenen betrug somit 76.

Noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene. Kriegsgefangene, die nachweisbar in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Kriegsgefangenschaft waren und noch nicht heimgekehrt sind, müssen von ihren Angehörigen sofort der zuständigen Heimkehrstelle gemeldet werden mit folgenden Angaben: Namen, Vornamen, Truppenteil, Dienstgrad, Tag und Ort der Gefangennahme, Gefangennummer, letzte Kriegsgefangenenadresse und Datum der letzten Nachricht des noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen. Es dürfen nur solche Kriegsgefangene gemeldet werden, von denen mindestens eine eigene Nachricht aus der Kriegsgefangenschaft vorliegt oder die durch eidesstattliche Erklärung eines Kameraden als bestimmt in Kriegsgefangenschaft geraten bestätigt werden können. Im letzten Falle ist die Adresse dieses Zeugen mitzuteilen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die einzureichenden Meldungen sich vorläufig auf die in ebengenannten Ländern befindlichen Kriegsgefangenen beziehen dürfen. Für die Kriegsgefangenen in Rußland, Rumänien und Japan wird später ein gleicher Aufruf erfolgen. Um das Erforderliche veranlassen zu können, bitten wir um möglichst umgehende mündliche Meldung, unter Vorlage der etwa erforderlichen Belege, und zwar von den Angehörigen der Hamburger Kriegsgefangenen in der Heimkehrstelle Hamburg, Trostbrücke 1, 3. Stock, in den Stunden von 9 bis 3 Uhr, und von den Angehörigen der Altonaer Kriegsgefangenen in der Heimkehrstelle Altona, Turnstraße 25, zwischen 8 bis 3 Uhr.

Richtigstellung. In der Bekanntmachung des Kriegsversorgungsamts über die Wochenverteilung in der Morgenausgabe vom 2. April muß es im § 3 heißen: „1 100 Gramm Hülsenfrüchte (weiße Bohnen) zum Preise von **1,10 M.**“, statt 1 M.

Die Verlegung der Bezirks-Ausgabestelle 13 betrifft eine im heutigen Anzeigenteil veröffentlichte Bekanntmachung des Kriegsversorgungsamts.

Eine Bekanntmachung über den Verkauf von Holz auf Kohlenausweiskarten A u. B veröffentlicht das Kriegsversorgungsamt im heutigen Anzeigenteil des „Echo“.

Eine Bekanntmachung, betreffend Vorauszahlungen auf die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachse, veröffentlicht das Besitzsteueramt im heutigen Anzeigenteil unseres Blattes.

Der Unterricht in der Gewerbeschule für Mädchen, Brennerstraße 77, beginnt, nach einer Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil, wegen Kohlenmangels erst am Montag, 19. April, morgens 8 Uhr.

Polizeioberst Fuoss ist zum Chef der Sicherheitswehr ernannt worden.